



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 24. Mai 2004

SBV nimmt umfassend Stellung zu WTO-Agrarverhandlungen

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) hat anlässlich einer Medienkonferenz in Bern umfassend zu den WTO-Agrarverhandlungen Stellung genommen. Präsident Hansjörg Walter, Vizepräsident John Dupraz und Direktor Jacques Bourgeois haben der grossen Besorgnis der Schweizer Landwirtschaft über einen drohenden einschneidenden Abbau von Agrarzöllen Ausdruck gegeben. Die Szenarien, die zur Zeit bei der WTO diskutiert werden, würden für die Schweizer Landwirtschaft zu jährlichen Einkommensausfällen von über zwei Milliarden Franken führen. Ebenfalls angesprochen worden sind die immer unverhohleneren Druckversuche aus Wirtschaftskreisen auf die Landwirtschaft, die nicht mehr länger hingenommen würden.

SBV-Präsident Hansjörg Walter bezeichnete die ständigen Angriffe aus Wirtschaftskreisen an die Adresse der Landwirtschaft als «unangebracht und unverhältnismässig» und kündigte an, die Schweizer Landwirtschaft und der SBV werde diese nicht länger unwidersprochen hinnehmen. Selbstverständlich habe auch die Landwirtschaft ein Interesse an einer prosperierenden Schweizer Wirtschaft und an einem modernen und funktionierenden Regelwerk des internationalen Handels. Unverständlich sei die Kritik und die Forderung nach Konzessionen bei der Landwirtschaft auch, wenn man in Betracht ziehe, dass die Wirtschaft in den für sie relevanteren Singapur-Themen wenig Aktivitäten entwickelt hat.

Die sich abzeichnenden Ergebnisse der WTO-Agrarverhandlungen drohten der Schweizer Landwirtschaft die Grundlage für die künftige Entwicklung unter den Füßen wegzuziehen, erklärte der SBV-Präsident weiter. Der SBV werde sich weiterhin mit aller Kraft für ein faires Agrarabkommen einsetzen, das den Eigenheiten der Landwirtschaft in den verschiedenen Staaten Rechnung trage. Für die Schweizer Landwirtschaft stehe viel auf dem Spiel. Die sich abzeichnenden Konturen eines neuen Agrarabkommens würden vor allem den Interessen einiger weniger grosser Agreexporteure dienen.

Hansjörg Walter forderte Bundespräsident Joseph Deiss auf, nicht einfach auf die Forderungen der übrigen Wirtschaft einzutreten, sondern die Situation im Sinn einer Gesamtschau differenziert zu beurteilen.

SBV-Direktor Jacques Bourgeois bezifferte die drohenden Einkommensausfälle für die Schweizer Landwirtschaft, falls die zur Diskussion stehenden Zollabbaumodelle mit einem «Capping» auf ein Niveau von 100 Prozent zur Anwendung gelangen sollten, auf 2,5 Milliarden Franken jährlich. Er bezog sich dabei auf inoffizielle Schätzungen des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW). Im Bereich des Marktzutritts sei die Schweizer Landwirtschaft sehr verletztlich und könne nur auf Abbauformeln eintreten, die eine gewisse Flexibilität bei der nationalen Umsetzung gewähren. Die Schweizer Landwirtschaft lehne ein Capping deshalb vehement ab, erklärte Jacques Bourgeois weiter.

Jacques Bourgeois fasste die Positionen des SBV wie folgt zusammen:

Handelsbezogene Anliegen:

Marktzutritt: Kein «Capping». Zollabbauformeln mit Flexibilität bei der nationalen Umsetzung, Zollkonzessionen höchstens im Rahmen der in der Uruguay-Runde vorgenommenen Zollabbauschritte.

Expotsubventionen: Längerfristig Bereitschaft zu Abschaffung der Exportsubventionen mit Ausnahme der im Rahmen des «Schoggigesetzes» an die Nahrungsmittelindustrie ausbezahlten Exportbeiträge. Zwingend ist, dass in der WTO alle Massnahmen mit ähnlicher Wirkung gleich behandelt werden.

Interne Stützung: Kein Antasten der Massnahmen der «Green-Box». Abbau der Massnahmen der «Amber-Box» um 30 Prozent, sofern innenpolitisch die Mittel für die Direktzahlungen garantiert werden.

Nicht-handelsbezogene Anliegen:

Herkunftsangaben: Schaffung eines griffigen Registers für geografische Herkunftsangaben.

Deklaration: Regeln für eine lückenlose Deklaration von Nahrungsmitteln.

SBV-Vizepräsident John Dupraz wies auf die einseitige Priorisierung der Forderungen der Agrarexporteure und die bisherige Marginalisierung der nicht-handelsbezogenen Anliegen (non-trade concerns) innerhalb der WTO. Das deute darauf hin, dass die WTO-Doha-Runde nicht die Auseinandersetzung zwischen Entwicklungsländern und den Entwickelten sei, als die sie oft dargestellt werde. Vielmehr würden Länder, die günstige Voraussetzungen haben, um in grossem Ausmass billige Agrarprodukte herzustellen, Ländern gegenüberstehen, die bezüglich der Nahrungsmittelproduktion weniger wettbewerbsfähig seien und deren Landwirtschaft neben der Nahrungsmittelproduktion noch andere Leistungen erbringe. John Dupraz verwies auch auf die Bedeutung einer starken internationalen Koalition für die Schweiz. Nur so könne sie ihre Anliegen in der WTO einbringen. Die Schweiz müsse in der G-10, der Koalition der Nettoagrarimporteure, weiterhin eine führende Rolle einnehmen und zu deren Stärkung beitragen.

Die vollständigen Referate sind unter www.sbv-usp.ch (Rubrik «Medien») erhältlich.

Rückfragen:

Hansjörg Walter, Präsident; Mobile 079 404 33 92

Jacques Bourgeois, Direktor, Mobile 079 219 32 33

Urs Schneider, Stv. Direktor und Leiter Stab / Kommunikation, Mobile 079 438 97 17

Roland Furrer, Stv. Leiter Stab / Kommunikation, Tel. 056 462 51 11, Mobile 079 432 29 15